

Die Versorgungsfragen.

Naturalien, nicht Geld!

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Staatsmänner und Geldleute mühen sich, die Ursachen unserer erschrecklichen Geldentwertung zu erforschen und die Notenüberfülle zu bekämpfen, die sie und alle Einsichtigen als eine der stärksten Ursachen der Geldentwertung und Warenteuerung erkannt haben. Sie predigen Hinz und Kunz äußerste Sparsamkeit mit dem Papiergeld, preisen den bargeldlosen Zahlungsvorkehr, predigen, preisen, reden, reden...!

Und doch bietet sich gerade unserer staatlichen Verwaltung die allerbeste Gelegenheit, dem Steuern zu können, zuzufügen auf dem Präsentierteller, ohne jede Mühe den Verkehr in Bargeld zu vermeiden, und Papiergeld zu sparen.

Die Regierung, die großen autonomen und privaten Anstalten haben sich noch nie entschließen können, der schon vor dem Kriege erhobenen, sehr vernünftigen Forderung ihrer Angestellten zu willfahren, ihnen einen Teil des Gehaltes in Lebensmitteln zu entrichten, um diese auf feste Bezüge Gewiesenen von den Launen und Sprüngen des Warenmarktes etwas unabhängig zu machen. Jetzt aber im Kriege wurden fast alle größeren Vereinigungen gezwungen, ihren Bediensteten Lebensmittel zu beschaffen. Nun möchte man glauben, der Staat, die Banken, die anderen Anstalten und Gesellschaften würden den Preis dieser Waren einfach vom Gehalte der Angestellten monatlich abziehen. Und so wäre — trotz der Behauptung, man könne sich auf eine Naturalleistung eines Gehaltsteiles nicht einlassen! — der vernünftige, einzig mögliche Zustand hergestellt und niemand würde sich darüber grämen, daß einmal Taten und Worte in einem andern Sinne auseinandergehen!

Aber nein: Die Angestellten bekommen überall den vollen Gehalt ausbezahlt und müssen davon wieder einen ganz beträchtlichen Teil — welcher „Fizangestellte“ hätte heute Geld für etwas anderes als das Essen? — an die Lebensmittelstelle ihres Amtes für die gelieferten Bedarfsgegenstände zurückzahlen. Ja, so weit ging die Methode, daß ein Amt, das vorher seine Beamten befragt hatte, ob sie den Preis der ihnen gelieferten Kohle vom Gehalt abgezogen haben wollen, selbst denen, die sich für den Abzug aussprachen, ihr Gehalt voll ausgezahlt hat und die Beamten Mühe hatten, das Geld für die Kohle los zu werden. Und doch könnten viele Millionen Banknoten monatlich erspart werden, würden nicht unnütz in Verkehr gesetzt, wenn die Kosten der gelieferten Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse (Stoffe, Leder usw.) vom Gehalt der Angestellten abgezogen würden!

Und die Banken, die das Geld als Berufskünstler handhaben und auf die „dilettantische“ Geldgebarung des Staates gönnerhaft herabsehen? Machen die es anders? Ich habe vor ein paar Tagen in einer ersten Wiener Bank Wertpapiere verkauft, um daraus Kriegsanleihe zu zeichnen. Als ich an der Kasse das Geld ausbezahlt bekommen sollte, sagte ich dem Beamten neuerdings, ich wolle kein Geld, sondern Kriegsanleihe, aber er klärte mich hoheitsvoll auf, das würde immer so gemacht, das könnten sie nicht anders machen, ich müßte nun mit dem Gelde in den Nebenraum gehen und dort beim Schalter III Kriegsanleihe zeichnen. Wie ich erfahren habe, wird dies bei allen Banken so gemacht. Es müßte aber doch leicht möglich sein, diese überflüssige Verwendung, diese Verschwendung von Banknoten zu vermeiden und die Kriegsanleihezeichner mit einer einfachen Bestätigung zum nächsten Schalter zu schicken!

Es ist noch nicht zu spät! Die Beamtengehälter, die Löhne der Arbeiter, die Lebensmittelpreise steigen trotz aller Höchstpreise fortwährend, die Angestellten werden von Tag zu Tag mehr auf die Einkaufsvereinigungen ihrer Ämter und Betriebe angewiesen, der Banknotenumlauf steigt von Monat zu Monat, es ist also die höchste Zeit für den Staat, für die Anstalten und Gesellschaften, die überflüssige Papiergeldausgabe zu vermeiden und den Angestellten die Lebensmittel, die Verköstigung in der Kriegsküche des Unternehmens, die Schuhe, Stoffe u. dgl. vom Gehalt oder Lohn abzurechnen. Und die Banken müßten auch ihre Geschäfte daraufhin überprüfen,

ob sie nicht ganz überflüssigerweise Unsummen von Banknoten brauchen. Das Steigen des Banknotenumlaufes würde sich dadurch wesentlich verlangsamen, die „Notenüberfülle“ müßte erheblich nachlassen. Dr. K. M.